

Hinrichtungen in Saudi-Arabien stiegen 2024 erheblich an

Die Hinrichtungen in Saudi-Arabien stiegen 2024 auf 330, trotz früherer Beteuerungen von MBS zur Abschaffung der Todesstrafe. Menschenrechtsgruppen berichten von alarmierenden Missständen.



Riad, Saudi-Arabien – Laut Berichten wurde Saudi-Arabien in diesem Jahr mit 330 Vollstreckungen konfrontiert, der höchste Wert seit Jahrzehnten. Dies geschah trotz der Aussage des De-facto-Herrschers Mohammed bin Salman im Jahr 2022, dass die Todesstrafe außer in Mordfällen abgeschafft worden sei. Diese Aussage steht im Widerspruch zu seiner Vision eines offenen Königreiches.

Saudi-Arabiens Wandel zur Tourismus- und

Entertainment-Hub

Das Land investiert Milliarden, um sein Image von strengen religiösen Vorschriften und **Menschenrechtsverletzungen** in ein Zentrum für Tourismus und Unterhaltung zu transformieren. Dies geschieht im Rahmen des Vision 2030-Plans, der von dem Kronprinzen, auch bekannt als MBS, ins Leben gerufen wurde.

Anstieg der Vollstreckungen und internationale Besorgnis

Die aktuelle Zahl der Vollstreckungen, die von der Menschenrechts-NGO Reprieve zusammengestellt und von Reuters verifiziert wurde, zeigt einen erheblichen Anstieg im Vergleich zu 172 Fällen im Vorjahr und 196 im Jahr 2022. Reprieve erklärte, dies sei die höchste Zahl, die jemals dokumentiert wurde.

„Diese Reform basiert auf einem Kartenhaus, das auf Rekordzahlen von Vollstreckungen errichtet ist“, äußerte Jeed Basyouni, ein Mitarbeiter von Reprieve.

Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen

Saudi-Arabien weist die Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen zurück und erklärt, dass seine Maßnahmen dem Schutz der nationalen Sicherheit dienen. Laut der Zählung wurden in diesem Jahr mehr als 150 Personen wegen nicht tödlicher Verbrechen hingerichtet, was von Menschenrechtsorganisationen als Verstoß gegen das internationale Recht angesehen wird.

Hintergründe zu den Hinrichtungen

Die Hinrichtungen standen hauptsächlich im Zusammenhang mit mutmaßlichem Drogenhandel, insbesondere der Flut von Amphetaminen wie Captagon aus Syrien unter dem gestürzten

Präsidenten Bashar al-Assad. Dazu kamen auch Menschen, die wegen nicht-tödlichen Terrorismus angeklagt wurden, ein Vorwurf, den Menschenrechtsgruppen oft gegen Teilnehmer an regierungsfeindlichen Protesten verwenden.

Die Gesamtzahl umfasst mehr als 100 ausländische Staatsangehörige aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien. Das Kommunikationsbüro der saudischen Regierung reagierte nicht auf detaillierte Fragen von Reuters zu den Hinrichtungszahlen.

Politische Repression und internationale Reaktionen

Nachdem MBS 2017 durch einen Palastputsch an die Macht kam, sah er sich internationaler Kritik für seine harte Vorgehensweise gegen abweichende Meinungen und die Tötung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im Konsulat des Königreichs in Istanbul im Jahr 2018 ausgesetzt. Saudi-Arabien bleibt dabei, dass Khashoggis Tötung von einer abtrünnigen Gruppe durchgeführt wurde, obwohl MBS erklärt hat, dass er die letztendliche Verantwortung trägt, da es unter seiner Aufsicht geschah.

Wesentliche westliche Regierungen mieden das Königreich nach Khashoggis Tod weitgehend. US-Präsident Joe Biden hatte während seiner Kandidatur im Jahr 2020 angekündigt, Saudi-Arabien zu einem „Paria“ zu machen, besuchte jedoch 2022 das Königreich und begrüßte MBS mit einem kurzem Handshake.

Menschenrechtsverletzungen im Justizsystem

Menschenrechtsgruppen haben das Land beschuldigt, Minderjährige zum Tode zu verurteilen und Folter zur Beschaffung von Geständnissen einzusetzen. Jahrzehntlang führte Saudi-Arabien wöchentliche Enthauptungen in der Öffentlichkeit durch; jetzt dominiert die gleiche Gegend Cafés

und Restaurants, die kaum noch auf die blutige Vergangenheit hinweisen.

„Die Unterdrückung nimmt zu, aber man sieht es nicht“, sagte Dana Ahmed, Forscherin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

Verwandte von zum Tode Verurteilten, die aus Sicherheitsgründen keine Namen nennen wollten, berichteten Reuters, dass sie Schwierigkeiten mit dem saudischen Rechtssystem hätten. Ein Angehöriger eines Ausländers, der wegen Drogenvorwürfen festgenommen wurde, erklärte, er sei lediglich in Küstennähe angeln gegangen und habe keinen Anwalt oder Vertreter in Saudi-Arabien gehabt. Ein Familienmitglied eines anderen Angeklagten berichtete, dass sie trotz Teilnahme an Gerichtssitzungen über drei Jahre hinweg keine Beweise gegen ihn gehört hätten.

Reuters konnte die Berichte nicht unabhängig verifizieren.

Zukunftsansichten und Herausforderungen

Bei einem Interview mit der Atlantic im Jahr 2022 erklärte MBS, dass Saudi-Arabien die Todesstrafe, mit Ausnahme von Mordfällen, abgeschafft habe, was er nicht ändern könne, da dies laut Koran mit dem Tod bestraft werde.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at